

Calmer & Co. Blatt

Nr. 18

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 30 Mt., Reklamen 150 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preispr. 9

Dienstag, den 23. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn 630 Mt. monatlich, Postbezugspreis 639 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Verhaftungen von deutschen Beamten, die Beschlagnahme von Privat- und staatlichem Gut im Ruhrgebiet hält an. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter setzen aber allen Gewalttätigkeiten schärfsten Widerstand entgegen. Infolge der Einstellung sämtlicher Reparationsleistungen konzentrieren die Franzosen immer neue „Verhaftungen“. Aber der immer mehr wachsende Widerstand scheint die Herren in Paris doch nervös zu machen. Zwar werden die Gewaltmaßnahmen natürlich fortgesetzt und womöglich verschärft, jedoch man versucht immer wieder, wenigstens die Arbeitnehmer zur Fortführung der Tätigkeit zu bewegen, zur Ausführung der von ihnen verlangten, gegen die Vorschriften der Arbeitgeber und der deutschen Regierung verstoßenden Maßnahmen zu bewegen. Die Brutalität der Franzosen geht aus der Antwort Poincarés auf den Protest der Reichsregierung über die Erschießung eines Lokomotivführers in Bochum hervor, die ohne jede Entschuldigung dahin lautete, daß jeder Versuch einer „Gefährdung der Sicherheit“ der Truppen nachsichtslos unterdrückt werde.

Die Gewalt Herrschaft im Ruhrgebiet.

Weitere Verhaftungen deutscher Beamten.

Aachen, 22. Jan. Heute Mittag sind der Leiter des Finanzamtes Aachen, Oberregierungsrat Sembach, und sein Stellvertreter, Regierungsrat Dr. Besten, von einer aus 3 Offizieren und 5—6 Gendarmen bestehenden Abordnung der Besatzungsbehörde verhaftet worden, weil sie dieser gegenüber erklärt hatten, sie würden der belgischen Regierung keinen Vorstoß leisten und nur den Anordnungen der deutschen Behörde folgen. Daraufhin haben sämtliche Beamten und Angestellte des Finanzamtes ihre Tätigkeit eingestellt.

Mainz, 22. Jan. Der Vorstand des hiesigen Hauptsteueramtes, Oberregierungsrat Dr. Alfred Offenbächer, ist am Samstagabend durch die Besatzungsbehörde festgenommen und seiner Familie mitgeteilt worden, daß die Wohnung innerhalb 4 Tagen zu räumen sei.

Mainz, 22. Jan. Als Tag der kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen die von den Franzosen festgenommenen Industriellen des Ruhrgebiets ist nunmehr der Mittwoch bestimmt worden. Die Verhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags. Gegen die Herren Dr. Schlutius und Reiffelsen ist der Verhandlungstermin noch nicht angelegt, da die Akten noch nicht eingetroffenen sind.

Mainz, 22. Jan. Wie weiter gemeldet wird, sind auch die beiden Oberzollinspektoren Wilsner und Horn von der Besatzungsbehörde festgenommen worden.

Raub von Privatgeldern.

Beschlagnahme von Vohngeldern d. Badischen Anilinfabrik. Ludwigshafen, 22. Jan. Heute Vormittag wurde ein Mitarbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der Gelder zur Lohnzahlung in der hiesigen Reichsbanknebenstelle erhoben hatte, von der französischen Behörde angehalten und mit dem Geld zur Kontrollstelle gebracht worden. Schon in der vorigen Woche war der gleiche Vorgang zu verzeichnen. Das Geld wurde aber wieder freigegeben. Ueber die Freigabe des beschlagnahmten Geldes wird gerade zwischen Beamten der Anilinfabrik und den Franzosen verhandelt. Der hiesigen Reichsbanknebenstelle ist der Befehl erteilt worden, kein Geld mehr an die Reichsbanknebenstellen in der Pfalz abzugeben. Das Gebäude der Bank von Gebrüder Köhling, das in der Nähe der Rheinbrücke liegt, wurde für ein Zollamt der französischen Rhein-zollverwaltung beschlagnahmt. Der Betrieb mußte nach Mannheim verlegt werden. Es erhellt aus diesem Vorgehen die Absicht der Franzosen, eine Zollgrenze am Rhein zu errichten.

Mannheim, 22. Jan. Zu der Beschlagnahme von Lohn-geldern der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird mitgeteilt, daß es sich um 100 Millionen Mark handelt. Die Verhandlungen der Direktion mit den Franzosen haben zu keinem Ergebnis geführt. Von der französischen Kommandantur in Ludwigshafen wurde der Direktion erklärt, daß 9 neue Vorschriften der interalliierten Rhein-landkommission erschienen seien und daß erst geprüft werden müsse, ob die Beschlagnahme mit diesen Vorschriften in Übereinstimmung stehe oder nicht.

Weitere Maßnahmen der Franzosen in Aussicht?

Paris, 22. Jan. Poincaré verhandelte heute vormittag mit dem Kriegsminister, dem Finanzminister, dem Minister für öffentliche Arbeiten und dem Minister für die befreiten Gebiete, um die Lage im Ruhrgebiet zu prüfen. Marshall Foch wohnte der Sitzung bei. Der aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrte Bergwerksdirektor Guillaume erstattete Bericht über seine Mission. Nach dem „Temps“ sind alle Maßnahmen militärischer und wirtschaftlicher Art festgelegt worden, die durchgeführt werden sollen, je nachdem die Ereignisse ihren Lauf nehmen. Der Generalinspektor für die Bergwerke werde auch nach dem Ruhrgebiet abreisen. Seine Aufgabe werde sein, Ingenieure nicht nur für die Bergwerke, sondern auch für die Metallurgie zu rekrutieren.

Havasmeldung über den systematischen Kohlenraub der Franzosen.

Paris, 22. Jan. Havas meldet aus Düsseldorf, daß gestern ein Kohlenzug, bestehend aus 42 Wagen, in Trier angekommen sei und nach Frankreich befördert wurde. Ueber die Kohlen- und Koks mengen, die auf dem Rhein abgefangen worden sind, werden folgende Zahlen angegeben: 18. Januar: 445 Tonnen Kohlen und 400 Tonnen Koks, 19. Januar: 8768 Tonnen Kohlen und 2500 Tonnen Koks, 20. Januar: 14 217 Tonnen Kohlen und 2100 Tonnen Koks. Die beschlagnahmten Pinassen seien nach Ludwigshafen transportiert worden, wo die Kohlen entladen, auf französische Schiffe umgeladen und dann nach Straßburg transportiert worden seien.

Herstellung eigener französischer Telegraphenkabel.

Essen, 23. Jan. Die französischen Truppen haben die Kabelstation des hiesigen Telegraphenamtes erreicht und sind mit der Herstellung eigener Leitungen beschäftigt. Auch am Klintenumschalter werden dauernd Umschaltungen vorgenommen, wodurch der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr schwere Störungen erleidet. Die Ausbesserung der Schäden ist überhaupt nicht möglich, da den deutschen Beamten der Zutritt verweigert wird.

Essen, 23. Jan. Den Weisungen des Reichspostministers entsprechend, weigern sich sämtliche Telephonverbindungsstellen des Ruhrgebiets, die Verbindungen, die von der französischen Besatzungsbehörde verlangt werden, herzustellen.

Der französische Reparationsplan.

Paris, 21. Jan. Die Reparationskommission hat bis zu Beginn des Nachmittags weder offiziös noch inoffiziös einen Plan über die Bedingungen erhalten, unter denen Deutschland ein Moratorium bewilligt werden soll. Es findet infolgedessen keine Sitzung der Kommission statt. Nach dem „Temps“ sollen die französischen Bedingungen folgende sein: Für die Jahre 1923 und 1924 soll Deutschland 2,5 Milliarden Goldmark zahlen. Die Industrie muß diese Summe, sowie eine halbe Milliarde Goldmark zur Stabilisierung der deutschen Währung beschaffen. Hierfür erhält sie von der deutschen Regierung Rententitel. Um die finanzielle Sanierung Deutschlands sicherzustellen, seien eine Anzahl Maßnahmen vorgesehen. Die augenblicklichen Schulden sollten durch Staatsrenten ersetzt werden. 25 Prozent vom deutschen Reichtum sollten abgegeben werden. Auch Staatsmonopole sollten geschaffen werden, die ebenso wie andere Staatsbetriebe, verpachtet werden sollten, so beispielsweise die Staatsbergwerke, die Staatswälder und Staatsfabriken. Die KonzeSSIONäre sollten eine gewisse Summe abliefern. Eine scharfe Kontrolle über die Einnahmen und die Ausgaben des Reiches werde durchgeführt werden und dieses System werde man durch das bekannte Pfänderverprogramm vervollkommen.

Aufhebung der Besetzung der Reichsbank in Essen.

Essen, 22. Jan. Nachdem die Franzosen die Besetzung der Reichsbank aufgehoben und die Versicherung abgegeben hatten, daß sie in den Betrieb der Reichsbank nicht eingreifen würden, ist heute mittag die Reichsbank für den öffentlichen Verkehr wieder geöffnet worden. Gleichzeitig haben sich auch die anderen Bankinstitute diesem Vorgehen angeschlossen.

Protest der Reparationskommission gegen die Entschädigung an die deutschen Reeder.

Paris, 20. Jan. Die Reparationskommission wählte gestern Nachmittag einstimmig Barthou zum Präsidenten wieder. Die Kommission unterzog die Entschädigung, welche die Reichsregierung an die Reeder bezahlt hat, einer Prüfung und beschloß, daß der Garantieauschuß einen Protest gegen das Verfahren Deutschlands abfassen solle, weil es

den Reedern, ohne die Kommission oder den Garantieauschuß zu benachrichtigen, 30 Milliarden Mark ausbezahlt habe (Man sieht, es werden jetzt überall „Fehler“ gesucht und gefunden.) Die Kommission wird wahrscheinlich anfangs der nächsten Woche den Plan der französischen Finanztechniker über die Gewährung eines Moratoriums für Deutschland prüfen. Die Entscheidung über die Verteilung der österreichisch-ungarischen Schulden wird wahrscheinlich auf Freitag vertagt werden.

Die wichtigste französische Maßnahme.

Berlin, 23. Jan. Einer Blättermeldung zufolge haben die französischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet einen Erlaß an die Verwaltungsstellen ergehen lassen mit der Aufforderung, Bordelle errichten zu lassen.

Das schlechte Gewissen.

Langendree, 22. Jan. Wegen des Vorfalls in Langendree, wobei der Kranenträger Kowalski erschossen worden ist, ist dort liegende Regiment abberufen und nach Hattingen verlegt worden.

Geschlossener Widerstand der Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Berlin, 22. Jan. Wie die Blätter aus Essen melden, bewährt sich das System der passiven Resistenz mehr und mehr. Die Abwehr der französischen Gewalttätigkeit ist ganz planmäßig organisiert. Beamte, Angestellte und Arbeiter gehen Hand in Hand vor. Organisationen und Behörden stehen geschlossen hinter jedem Einzelnen. Gegenüber der französischen Vergewaltigung haben alle Parteiuerschiede aufgehört. Arbeiter erklärten in Gesprächen das, was niemand fertig gebracht habe, hätten die Franzosen erreicht: Einigkeit unter den Deutschen. Die Zerstückelung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet hat aufgehört. Die Unsicherheit unter den Franzosen wächst infolgedessen immer mehr. Die Ingenieurkommission ist lahmgelegt. Nur die Militärs treten noch aktiv auf. Aber auch sie müssen Schritt für Schritt vor dem geschlossenen Widerstand der Deutschen des Ruhrgebiets zurückweichen.

Berlin, 23. Jan. Auf Einladung des Reichskanzlers begeben sich, den Blättern zufolge, morgen nachmittag Vertreter sämtlicher Gewerkschaften und Beamtenverbände zu Reichskanzler Dr. Cuno zwecks weiterer Besprechung der durch die Besetzung des Ruhrgebiets geschaffene Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stehen in ständiger Fühlung mit den Organisationsorganisationen des Ruhrgebiets. — Eine Konferenz der Rheinmaschinisten, die am Sonntag in Salzig stattfand, hat, dem „Vorwärts“ zufolge, einstimmig beschlossen, der fremden Waffengewalt Gewerkschaftsmacht entgegenzusetzen, um die Kohlenstoff-fahrt auf dem Rhein sofort stillzulegen. Der Hauptvorstand des Verbands der Maschinisten und Heizer ist diesem Beschlusse vollinhaltlich beigetreten und gewillt, die gesamte Organisationsmacht hinter diesen Kampf zu stellen. Die Rheinmaschinisten lehnen es ab, unter den Bajonetten der fremden Mächthaber Dienst zu verrichten.

Essen, 22. Jan. Auf der Zeche „Friedrich Thyssen“ streikt die gesamte Belegschaft und auf der Thyssen Zeche „Rönsberg“ ein Teil der Belegschaft. Auf den Zechen „Viktoria“ und „Katharina“, deren Leiter gleichfalls verhaftet wurden, sind die Morgenarbeiten nicht eingeleitet. Auch die Beamten des Hauptbüros des Essen Steinkohlenbergwerks haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

Essen, 22. Jan. Die Wasserstraßenbehörden haben die Dienstausweisung erhalten, weder zu schleusen noch zu schleppen.

Kassel, 22. Jan. Einem heute vormittag 10½ Uhr eingetroffenen Situationsbericht aus dem Ruhrrevier ist zu entnehmen, daß einige Gruben von Thyssen, Sinnes und dem Steinkohlenbergwerk in den Streik getreten sind wegen Verhaftung der Direktoren. Eine Abordnung ist nach Mainz unterwegs, um ihre Freilassung zu fordern, andernfalls der Generalstreik wahrscheinlich sei, der dann übermorgen eintreten würde. Es sind keinerlei Ausschreitungen vorgekommen.

Dortmund, 22. Jan. Alle Beamten der drei hiesigen Eisenbahnbetriebswerkstätten, der drei Maschinenämter und des Eisenbahnverkehrsamtes legten heute Vormittag infolge der Besetzung der verschiedenen Diensträume durch die Franzosen ihre Arbeit nieder. Der Polizeipräsident richtete an den Kommandeur der 13. Infanteriedivision einen Bericht, worin es heißt, daß durch Befehle, wie die betreffend die Grußpflicht und das Anlegen von Armbinden, das Ansehen der Polizei in den Augen der Zivilbevöl-

binden sol-
Einfaltung
Bei Ein-
Rekarulm
n der Ber-
roh Gegen-
verlegt, daß
dem Stadt-
Stadt-
berechtigten
fiele auf
ierungsrat
Stadt-
Hammer
tschaft.
arkstück.
die Reichs-
bis 28. ds.
gmarkstück,
sische Gold-
der Anlauf
d Post er-
sachen Be-
Verdirek-
auf die in-
ohlenpreise
tern zuge-
niferiums
ich ab um
höht.
Calw.
Solm
1923.
ndlen,
Nach-
eliebe
eiger-
Tante
Krank-
er,
ern.
1923.
Toll-
annes,
1923.
nd gut.
Leber-
str. 91
nder
923
hnis.
u haben

terung erheblich gemindert und in wenigen Tagen vollständig zerstört sein werde. Er ersuche dringend, diese Maßnahmen rückgängig zu machen.

Protest Wiesbadens gegen die Beschlagnahme der Stadtwaldungen.

Wiesbaden, 22. Jan. In der heutigen Versammlung der Stadtverordneten legte der Bürgermeister feierlich Protest gegen die Verordnung der Rheinlandskommission ein, durch die die Verwaltung der städtischen Wälder und ihre Ausbeutung dem Einfluß der städtischen Körperschaften entzogen und der Autorität der Rheinlandskommission unterstellt werden soll. Der Magistrat sehe sich außerstande, die von ihm geforderte Mitwirkung zu leisten. Er werde auf Befehle, die an ihn auf Grund dieser Verordnung ergehen, entsprechend antworten. — Die Stadtverordnetenversammlung billigte mit Ausnahme von 3 Mitgliedern der extremen Linken unter Beifallsrufen das Verhalten des Magistrats.

Sympathieumgebung der deutschen Beamten-, Angestellten- u. Arbeiterorganisationen.

Berlin, 22. Jan. Die unterzeichneten Gewerkschaften richteten an die deutschen Brüder im Ruhrgebiet folgenden Aufruf: „Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschland erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten. Wir billigen ausdrücklich noch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französischen und belgischen Soldaten von den Arbeitsplätzen, ferner auf Freigabe der völkerrechtswidrig verhafteten Werkleiter und Beamten. Wir fordern die gesamte Arbeitnehmererschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden störenden Eingriff der feindlichen Militärmächte in das deutsche Wirtschaftsleben. Im Namen der Angestellten und Beamten im ganzen Reich sichern wir mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gefährlichen Kampf nachhaltigste Unterstützung zu.“

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Deutscher Gewerkschaftsbund.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände.
Deutscher Beamtenbund.

Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteivorstands.

Berlin, 20. Jan. Laut „Vorwärts“ fand gestern eine Konferenz des sozialdemokratischen Parteivorstands, der Fraktion vorstehenden des Reichstags und des preussischen Landtags, sowie der Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds und des Angestelltenbundes statt. Es ergab sich vollständige Übereinstimmung darüber, daß die Gefahr drohende Situation ein geschlossenes Vorgehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordere, die alles tun müsse, um die Abwehr des gewalttätigen Einmarschs ins Ruhrgebiet zu unterstützen. Die Regierung müsse schon in vorbereitendem Stadium über alle Maßnahmen die Meinung der Arbeitervertreter aus den zentralen Körperschaften und besonders aus dem Ruhrgebiet einholen. Die Trennungslinie gegen die nationalstaatlichen Elemente müsse scharf gezogen und der Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortgesetzt werden.

Unterstützung der Ruhrgebietsangestellten durch den Gewerkschaftsbund der Angestellten.

Berlin, 22. Jan. In dem Abwehrkampf gegen die Gewalttaten der Franzosen und zur Unterstützung der durch den Einbruch wirtschaftlich geschädigter Mitglieder hat der über 350 000 Mitglieder zählende Gewerkschaftsbund der Angestellten einmütig beschlossen, seinen Mitgliedern ein „Freiheitsopfer“ im Mindestbetrage von 400 und 200 Mark aufzuerlegen. Daneben werden freiwillige Spenden angenommen, die bereits in Höhe von 1 Million Mark eingegangen sind.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Es stand aufrecht ans Knie eines Knaben geschmiegt, der auf dem Stuhle sitzend eifrig für sich in einem Büchlein las. Da er dasselbe aufrecht mit beiden Händen hielt und dabei mehr als halb der Tür zugewendet war, so konnte ihm Erhard bequem in das Gesicht sehen, und dieses kleine Antlitz gestel ihm ausnehmend wohl. Es sah wie ein runder fetter Apfel aus, mit roten Backen voll Lebenslust und Lebenskraft; das leicht aufgeworfene Näschchen ließ erraten, daß die angebotene Antugend, die man den Kindern vorwirft und doch so gern vergibt, diesem muntern Geist nicht fehlen werde. Erhard sah seine Braut fragen an, indem er mit den Augen auf das Kind deutete. Sie nickte leise; wie sie aber den freundlichen Ausdruck sah, der in seinem Gesicht aufging, so strahlte das ihrige von Freude und Seligkeit, und sie wechselten miteinander einen Blick, der ihnen gegenseitig sagte, daß nun der letzte Stein von ihrem Herzen gefallen sei.

Erhard klopfte an die Tür.

„Schwernot!“ brummte die Stimme des Schusters drinnen, „wer Teufels kommt einem am heiligen Christtag so früh über den Hals?“

„Das Christkind!“ antwortete die helle Stimme des Knaben, dessen Eltern vor der Tür standen. Er sah aber dabei nicht von seinem Büchlein auf, sondern las emsig in einem Zuge fort.

„Kinder und Narren sagen die Wahrheit.“ sprach Er-

Stärkere Kohlenzufuhr ins unbefetzte deutsche Gebiet.

Berlin, 23. Jan. Nach einer Erklärung des Reichskohlenkommissars werden laut „Berliner Tageblatt“, die Zufuhren von Kohlen ins unbefetzte Gebiet am Sonnabend und Sonntag stärker als je im Dezember und Januar bisher. Die Einstellung der Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien hat also in dieser Beziehung sehr günstige Wirkungen gehabt.

Protest der Südwestdeutschen Metallarbeiter.

(SGB.) Stuttgart, 22. Jan. Die Metallarbeiterschaft Südwestdeutschlands hat am Sonntag im Gewerkschaftshaus in einer stark besuchten Versammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Betriebsräte der Metallindustrie Württembergs, Badens und der Pfalz scharfen Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebiets erhoben. Es nahmen neben 128 Delegierten 55 Vertreter teil, die zusammen rund 200 000 organisierte Metallarbeiter vertraten. Mit allen gegen 10 Stimmen wurde eine Entschliebung angenommen, in der die Versammelten den durch die Besetzung des Ruhrgebiets betroffenen Berufskollegen, sowie der gesamten Arbeitererschaft ihre wärmste Teilnahme aussprechen und die Besetzung als eine nichtwürdige und gemeine Verletzung des an sich unerfüllbaren Versailler Vertrags durch die französische Regierung und der hinter ihr stehenden Kapitalisten erklären.

Widerstand des englischen Kommandanten gegen die Verhaftungen in der englischen Besatzungszone.

Köln, 23. Jan. Die Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörde in der von den Engländern besetzten Zone haben den englischen Befehlshaber veranlaßt, wie die „Kölnische Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, den Standpunkt einzunehmen, daß zunächst keine weiteren Ausweisungen oder Verhaftungen führender deutscher Beamten in der englischen Zone vorgenommen werden, bis er neue Anweisungen von seiner Regierung erhalte. Die Rücksicht auf die ihm unterstellten Truppen habe ihn zu dieser Haltung veranlaßt.

Französische Mahnung an Poincaré.

Paris, 22. Jan. Die „Ere Nouvelle“ schreibt: Frankreich ist jetzt an einem entscheidenden Wendepunkt in seiner Politik angekommen. Am Quai d'Orsay fällt man das sehr gut heraus. Wie Jacques Bainville bemerkt, hat man sich in Paris und Brüssel in der Annahme getäuscht, durch die Ruhrbesetzung Deutschland zum Nachgeben zu zwingen. So passiv der deutsche Widerstand in den ersten Tagen war, so aktiv ist er jetzt geworden. In Rom und London erwartet man die Notwendigkeit zum Handeln. Noch kann eine Initiative, die von Paris ausgeht, Rettung verschaffen. Danach wird die Reparationskommission den französischen Plan über ein bedingtes Moratorium vorlegen. Ein derartiger Plan kann eine ausgezeichnete Grundlage für ein interalliiertes Einverständnis bilden. — Die Zeitung ist einflußlos.

Angelsächsische Phrasen.

Paris, 22. Jan. Lavas meldet aus New York: Sir Robert Horne hat gestern auf einem ihm zu Ehren gegebenen Festmahl gesagt, die europäische Lage sei derart, daß man, um den Zusammenbruch zu verhindern, alles tun müsse, um das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen. Aber das Vertrauen könne nicht wiederkommen, wenn man sich der Mittel bemächtigt, die Deutschland benötige, um seinen Handel fortzusetzen.

New York, 20. Jan. Die Kritik der französischen Ruhrbesetzung hat sich in einigen Blättern augenfällig verschärft. „New York World“ erklärt in einem Leitartikel, der Schlag, den Poincaré an der Ruhr führe, werde in der ganzen Welt gefühlt und sei ein Beispiel wirtschaftlicher Sabotage, von weit bewußterer Gewalttätigkeit und Zerstörungssucht, als irgend ein Schlag, der jemals von einer zivilisierten Nation in Friedenszeiten geführt worden sei.

Gedenket der hungernden Vögel!

hard, indem er mit Justine in die Stube trat. „Guten Morgen beieinander!“

Der Schuster und seine Frau sahen das eintretende Paar mit großen Augen an, und das Erstaunen benahm ihnen die Sprache. Ihre älteste Tochter, ein jetzt neunzehnjähriges hübsches Mädchen, war neben ihnen beschäftigt, die Stube in Ordnung zu bringen. Sie blickte dem Besuche gleichfalls verwundert entgegen, wobei ihre Augen eine wunderbare Ähnlichkeit mit den Augen ihrer Mutter zeigten.

„Ihr habt gestern abend keinen Kredit geben wollen, Meister“, begann Erhard. „Da habe ich denn nun einen Bürgen mitgebracht.“

„Gott's Hundert, Gott's Tausend!“ rief der kleine Luder, der erst jetzt, von der fremden Stimme aufgeschreckt, die Eingetretenen erblickte, „die Justine bringt das Christkind!“ Er fuhr von seinem Stuhle auf, um ihr zuzueilen, aber von der raschen Bewegung fiel das kleine Mädchen, das sich an ihm gehalten hatte, mit erbärmlichem Geschrei zu Boden. Der Schuster fuhr wie ein Blitz gegen den Weißtäter herum und wollte losbrechen. Justine aber kam ihm zuvor, hob das Kind in ihre Arme auf, lieblos es und sprach streichelnd den Heilsegen aus, mit welchem man die Kinder über solche kleine Unglücksfälle zu beruhigen pflegt. Nachdem sie es beschwichtigt hatte, setzte sie es nieder und trat wieder zu dem Schuster und seiner Frau, die den Fremden mit argwöhnischen Blicken betrachteten. „Kennt ihr ihn denn immer noch nicht?“ fragte sie. Sie verneinten.

Vervorziehender Abtransport der amerikanischen Truppen am Rhein.

Paris, 22. Jan. Wie Havas aus Koblenz berichtet, werden die amerikanischen Truppen am 24. oder 25. Januar die Rheinlande verlassen. Sie werden an Bord des Dampfers „St. Michel“ am 25. oder 26. Januar in Antwerpen eingeschifft werden.

Zur auswärtigen Lage.

Immer wieder polnische Dementis.

Berlin, 20. Jan. Von autorisierter Seite wird der „Polnischen Tel.-Ag.“ das Gerücht von einer angeblichen Mobilmachung in Polen als falsch bezeichnet.

Eine neue Protestnote Rußlands in der Dardanellenfrage.

Konstantinopel, 21. Jan. (WB) Tschißcherin richtete an das Präsidium der Konferenz folgende Note: Trotz wiederholter Bemühungen der russisch-ukrainisch-georgischen Delegation, beim Sekretär eine Mitteilung über den in der Note vom 10. Jan. angekündigten Abkommensentwurf über die Meerengenfrage zu erhalten, muß ich mit Bedauern feststellen, daß bisher kein Ergebnis erzielt wurde. Es ist jedoch kein Geheimnis mehr, daß der Entwurf fertiggestellt wurde und sich bereits in den Händen verschiedener Delegationen befindet. Ich muß daher auf das lebhafteste über dieses Vorgehen der einladenden Mächte protestieren, die nicht nur Rußland und seine Verbündeten von den Besprechungen über diese Frage ausgeschlossen haben, sondern ihnen nunmehr auch die amtlichen Dokumente vorzuenthalten suchen. Gleichzeitig halte ich es für notwendig, kategorisch die Zustellung des betreffenden Entwurfes zu verlangen, indem ich mich auf die Forderungen unterer Note vom 13. Januar stütze, worin auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, die Meerengenfrage in Gegenwart aller beteiligten Mächte zu besprechen. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß für die von mir geführte Abordnung eine Frist von drei Tagen unumgänglich notwendig ist zwischen dem Empfang des Entwurfes und der Eröffnung des Meerengenauslasses, in der er beraten werden soll.

Deutschland.

Neue Attentatspläne gegen Scheidemann.

Kassel, 20. Jan. Oberbürgermeister Scheidemann sind in jüngster Zeit von zwei verschiedenen amtlichen Stellen ganz offiziell neue Warnungen von beabsichtigten Attentaten zugegangen. In einem Falle handelt es sich um gewisse Vorbereitungen in Hamburg, im zweiten Falle um Mitteilungen aus Berlin. Auch zahlreiche Drohkarten und Briefe sind bei ihm eingelaufen. — Dem Oberbürgermeister Scheidemann sind von einem amerikanischen Konzern 4 Millionen Mark angeboten worden, wenn er gestatte, daß man aus seinen bisher nicht veröffentlichten Tagebüchern die Artikel zur Veröffentlichung auswähle. Scheidemann hat abgelehnt.

Schweres Explosionsunglück.

München, 22. Jan. Am Sonnabend ereignete sich in der Kaserne der ehemaligen Festung Ingolstadt ein schweres Explosionsunglück. 11 Personen (9 Frauen und 2 Männer) wurden getötet. Die Explosion entstand bei der Zerlegung von Leuchtpartonen, die zur Veranstaltung von Feuerwerk dienen sollten, und bereits in den Zerlegungsprozess übergegangen waren. Die Feuerwehre drang mit Rauchschuhapparaten in den Raum ein, fand aber bereits alle 11 tot. Der Unternehmer, der es unterlassen hatte, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wurde wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet.

Ein neuer deutscher Weltrekord.

Ein neuer Daimler-Luftzeppelin mit 11 Sigen, von denen fünf mit Fluggästen besetzt waren, hat alle Rekorde für die Reise von Manchester nach London gebrochen. Er brauchte für die 185 Meilen 75 Minuten, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 148 Meilen die Stunde gleichkommt.

„Es ist ja der Erhard!“ rief sie.

„Der Erhard, der vor sieben Jahren auf die Wanderschaft gegangen ist?“ rief der Schuster, streckte ihm die Hand entgegen und begrüßte ihn mit einer Salve von Freudenstößen, welcher er aber alsbald eine zweite noch kräftigere nachfolgen ließ, indem er zu Vorwürfen überging. „Ihr habt uns eine gottlose Angst eingejagt!“ rief er. „Wir haben die ganze Nacht nicht schlafen können. Was habt Ihr denn darunter gesucht, den Schantkass bei uns zu machen?“

„Verzeiht mir den schlechten Spaß, Meister“, sagte Erhard, „es ist doch sonst immer hier zu Land der Brauch gewesen, daß man auf Weihnachten einen Schwank angerichtet hat. Ein Spaß ist's übrigens nur in der Art gewesen, wie ich's angebracht habe, aber in der Hauptsache ist's mein blutiger Ernst. Es sind soviel kleine Fenster da“, unterbrach er sich mit einem landesüblichen Ausdruck, indem er auf die Kinder blickte, „deshalb kann ich mein Anerbieten nicht so deutlich vorbringen wie gestern, aber ich hoffe, Ihr werdet mich jetzt dennoch eher verstehen. Ich hab' bei meiner Heimkunft aus der Fremde etwas von Euch gehört, Ihr könnt Euch schon denken, was, — meine Braut hat mir's erzählt.“

Da er bei diesen Worten auf Justinen deutete, so unterbrach ihn beide Eheleute, die sich erst jetzt den Besuch des Paares vollständig erklären konnten, zu gleicher Zeit mit Verwunderungsrufen, Freudenbezeugungen und Glückwünschen, und Erhard mußte in aller Geschwindigkeit erzählen, wie er gestern angekommen sei, um sein in der Fremde er-

Protest

Die v
veranstal
der Turn
Besetzung
Der Vor
die Verja
tung der
schafts-
Redner.
Verständ
hatten
deutschen
künstlich
litärischer
nahme en
schlimmste
Billfür.
akt eine C
unter der
zu seinen
seit Beend
handenen
kommen.
und Beda
gerufen
des Ruhrg
denen bis
ausgekeh
mit beson
hiele, wel
wiesen ha
wollen der
Zeit der
Not darf
daraus z
Produktion
gegen die
Reichs-
forderung,
energisch
der Einhei
Widerstand
führen. W
wahrschein
begreifen
sich weiß.
Ruhe und
Sie sich n
die unser
Schein von
nen nach
störte Geb
mäßige Z
sehten Ged
fung wurd
einem Ho
Entschlieu
völkerungs
halle in C
Besetzung
die Versta
waltpolitik
lung ist si
bedrängten
Erhaltung
begrißt es
gegenseit
sich weiß,
hen müßt

worbene
Der Schul
der Erzäh
war, ihre
aber von
diesem ih
mit offene
es sich har
Und n
Gegenwar
vorzutrag
an Kindes
der an, d
Justine“
Justine ih
keinen sch
aber ich
brüllen hel
was euch
hätt' ja g
will ich v
waltung p
ich's nicht,
kommt, es
Angst eing
einen mäd
springen n
halten, un
zu Bilato.

Nus Stadt und Land.

Calw, den 23. Januar 1923.

Protstversammlung der vereinigten Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in Calw.

Die vereinigten Gewerkschaften und die sozialdem. Partei veranstalteten am Sonntag, den 21. Januar, nachm. 2 Uhr in der Turnhalle in Calw eine Protstversammlung gegen die Befehung des Ruhrgebiets. Die Versammlung war gut besucht. Der Vorstand des sozialdem. Vereins, Rob. Störz, begrüßte die Versammlung und wies in kurzen Worten auf die Bedeutung der Tagesordnung hin. Als Referent sprach der Gewerkschaftssekretär Hörne. In seinen Ausführungen sagte er, daß nach dem Frankreich und Belgien systematisch jede Verständigung über die Reparationsfrage zu verhindern gewußt hatten, sie ihren schon längst gehegten Plan, sich der Quellen der deutschen Wirtschaft, des Ruhrgebiets zu bemächtigen, unter dem künstlich konstruierten Vorwand deutscher Verfehlungen mit militärischer Macht zur Ausführung gebracht haben. Diese Maßnahme entbehrt jeder rechtlichen Grundlage und ist der Ausdruck schärfster imperialistischer Gewaltpolitik und der brutalsten Willkür. Die deutsche Wirtschaft erfährt durch diesen Gewaltakt eine Erschütterung, welche einer Katastrophe gleichkommt und unter deren Folgen in erster Linie die werktätige Bevölkerung zu leiden hat. Die neue Lage ist eine der schwierigsten, die wir seit Beendigung des Krieges gehabt haben. Zu dem schon vorhandenen Elend droht noch das Gepeiß der Arbeitslosigkeit zu kommen. Eine neue unerhörte Verlierung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel ist die Folge der durch die Befehung hervorgerufenen katastrophalen Marktwertung. Für die Bewohner des Ruhrgebiets bringt die französische Gewaltpolitik alle Leiden, denen bisher die Bewohner der früher schon besetzten Gebiete ausgesetzt waren in verstärktem Maße. Darum denken wir mit besonderer Teilnahme der Bewohner der neu besetzten Gebiete, welche ihre Treue zur deutschen Republik so glänzend bewiesen haben. Sie haben mit Würde das heuchlerische Wohlwollen der fremden Mächte zurückgewiesen. Aber in dieser Zeit der höchsten Not muß es auch ausgesprochen werden, diese Not darf nicht dazu dienen, daß gewisse Kreise wie bisher Nutzen daraus ziehen, darum richten wir an die, welche im Besitze der Produktionsmittel sind, erneut die Mahnung, sich ihrer Pflicht gegen die übrigen Volksgenossen bewußt zu werden. An die Reichs- und Landesregierung richten wir die dringende Anforderung, gegen das Wucher- und Schieberium endlich ganz energisch vorzugehen. Von gewisser Seite ertönt der Ruf nach der Einheitsfront, wir sind immer bereit, die Regierung in ihrem Widerstand gegen die Verletzung deutschen Gebiets zu unterstützen. Wir müssen es aber auch klar aussprechen, daß wir den wahnwitzigen Gedanken eines Neuanfangs ablehnen und begrüßen es, daß auch die Reichsregierung die en Gedanken von sich weist. Wir richten an alle Volkstriebe die Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit, zu eiserner Selbstbeherrschung. Lassen Sie sich nicht durch unbefohlene Wirröpfe zu Taten verleiten, die unser Elend vollständig machen und den Bedrückten einen Schein von Recht für ihr Vorgehen liefern würden. Wir erkennen nach wie vor die Pflicht an, Frankreichs und Belgiens zerstörte Gebiete wieder aufzubauen, aber erst wenn der vertragsmäßige Zustand wieder hergestellt, d. h. die widerrechtlich besetzten Gebiete wieder geräumt sind. Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf die einige deutsche Republik geschlossen. Die Entschließung lautet: Die von zahlreichen Personen aller Bevölkerungsschichten besuchte Protstversammlung in der Turnhalle in Calw erhebt schärfsten Protst gegen die rechtswidrige Befehung neuen deutschen Gebiets. Sie erhebt Protst gegen die Verklawungsabsichten heutzutageiger und machthungriger Gewaltpolitiker gegen das wehrlose deutsche Volk. Die Versammlung ist sich einig in dem Gebnis der Treue gegen die schwerbedrückten Volksgenossen in den besetzten Gebieten und für die Erhaltung einer einigen deutschen Republik. Die Versammlung begrüßt es, daß die Reichsregierung der Gewalt das Recht entgegensetzt und den Gedanken einer bewaffneten Erhebung von sich weist, welche das Elend des gesamten Volkes vollständig machen müßte. Die Versammlung fordert aber auch, daß Reichs-

und Landesregierung gegen Wucher und Schieberium die energischsten Maßnahmen ergreift und vor Verhängung der schärfsten Strafen nicht zurückbleibt.

Landesversammlung der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 21. Jan. Die Deutsche Volkspartei Württembergs hielt am Samstag ihre Vertreterversammlung ab, auf der Abg. Bides über die politische Lage im Land und Reich und Abg. Hofmann über die Steuerpolitik der Deutschen Volkspartei referierten. Die Vertreterversammlung sprach der Partielleitung volles Vertrauen aus. Auf der Landesversammlung am Sonntag im Festsaal der Lieberhalle gedachte der Abg. Bides in seiner Einleitung der schwerbedrückten Volksgenossen im Ruhrgebiet und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gemeinsame Not uns wieder zusammenschweiße zur Volksgemeinschaft. Stürmisch begrüßt nahm dann Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann das Wort: In einer Zeit schwerster Not tritt die Landesversammlung zusammen. Der Zustand der Friedlosigkeit, der Zerrüttung aller wirtschaftlicher Verhältnisse, der Kampf weltwirtschaftlicher Ideen gegen die Machtpolitik Frankreichs hat immer weiter um sich gegriffen. Frankreichs Macht, der keine Macht gegenübersteht, ist zur Brutalität geworden. Wenn Deutschland die Macht in Europa hatte, war Frieden, wenn Frankreich die Macht hat, ist Krieg und Unterdrückung. Deutschland war nicht imperialistisch, es hat den Frieden erhalten. Unsere Feinde rufen weiter, um ihre Macht zu stabilisieren. Die Welt ist uns eine Wiedergutmachung schuldig für die vielen gebrochenen Verträge. Ein Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt es nicht und der Völkerverbund ist nichts gegen die Gewaltpolitik Frankreichs und Polens. Diese Politik hat über die wirtschaftlichen Interessen gegiegt und der Friedensvertrag bringt Chaos über die ganze Welt. Es leiden die Besiegten, es leiden die Sieger. Deshalb verlangten vernünftige Politiker aller Länder, daß der Versaillesvertrag aufgehoben werde. Aber in Frankreich entschied der machtpolitische Gedanke, weil es sein Volk von der eigenen innerpolitischen Not ablenken will. Das Kabinett Cuno ging davon aus, daß wir den Krieg verloren haben und innerhalb unserer Leistungspflicht erfüllen müssen. Das jetzige Kabinett ist ein Kabinett aktiver Politik. Die Wirtschaft stand hinter der Regierung und war bereit, zu erfüllen. Aber Frankreich lehnte die deutschen Vorschläge ab, weil es den Einmarsch ins Ruhrgebiet wollte. Frankreich will den Rhein. Da galt und gilt es, den ganzen moralischen Widerstand des deutschen Volkes anzubieten. (Beifall.) Und in Westfalen siegte das nationale Gewissen über den Profitgeist. Man sah ein, daß es noch höheres gibt als den Dollarkurs. (Stürmischer Beifall.) Wir erleben in Deutschland die erste Stunde der Erhebung und zum ersten Mal denkt die Welt anders über uns. Es geht jetzt darum, wer die besseren Kerne hat. Unsere Regierung gibt nicht nach. (Stürmischer Beifall.) Ehre den Männern, die „sich lieber einsperren lassen als gegen ihr deutsches Gewissen zu handeln“. Leider will der Parteigeist auch diese einige Erhebung unterdrücken. Aber jetzt geht es um den Bestand des Reiches, man muß jetzt auch in der Preispolitik staatswirtschaftlich denken, nicht privatwirtschaftlich. Wenn man versucht, die deutsche Einigkeit zu zerreißen, müssen Süd und Nord und Ost und West einig sein. (Beifall.) Alle Gegenstände haben zurückzutreten vor der gemeinschaftlichen Not. Wir müssen alle Volksgenossen heranziehen zur gemeinschaftlichen Arbeit. Unsere Feinde können uns alles nehmen, aber nicht das freie Herz mit dem wir an Deutschlands Zukunft glauben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) — Abg. Bides dankte dem Redner und machte den Vorschlag, an die Oberbürgermeister von Essen, Dortmund und Bochum ein Telegramm zu senden mit der Devise: Hallet aus im Sturmgebrüll! Zum Schluß stimmte die Versammlung begeistert ein in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“.

gramm zu senden mit der Devise: Hallet aus im Sturmgebrüll! Zum Schluß stimmte die Versammlung begeistert ein in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“.

G. Mötzingen, 20. Jan. Anlässlich der am 19. Jan. durch Herrn Oberamtsbaumwart Widmann hier vorgenommenen Baumvisitation wurde festgestellt, daß die pflegerische Behandlung der Bäume in unserer Gemeinde im großen und ganzen eine gute zu nennen sei. Dies ist eines teils den Bemühungen unseres rührigen Gemeindebaumwarts, andernteils aber auch den unablässigen Mahnungen unseres Oberamtsbaumwarts, schließlich aber auch dem richtigen Interesse der Baumbesitzer selbst, die für die in den letzten Jahren erteilten Ratschläge dankbar sind, zuzuschreiben. Bei dem am Abend auf dem Rathause stattgefundenen Vortrage unseres Oberamtsbaumwarts kam zum Ausdruck, daß nach einem so außerordentlichen Ertragsjahre wie dem vergangenen unsere Bäume erst recht gepflegt werden müssen. Da heiße es: Düngen, düngen und wieder düngen! Auch auf die richtige Sortenwahl beim Umpflöpfen soll stets Bedacht genommen und hauptsächlich die alten Birnensorten, weil nur ganz kurze Zeit haltbar, auf ein Minimum beschränkt werden. In der an den Vortrage angeschlossenen Aussprache kam zum Ausdruck, daß durch die getroffenen gesehlichen Maßnahmen diesen Herbst viel Obst dem Verderben preisgegeben war, zu welchem Umstand auch noch die Frachtoverteuerung, die schlechte Witterung, aber auch das Brennverbot wesentlich beitrugen. Die Gründung von Abgabgenossenschaften dürfte zu empfehlen sein. Zum Schluß wurde noch zum Beitritt in den Württ. Obstbauverein eingeladen. Möge das Interesse für Obst- und Obstbaumzucht immer mehr erwachen im Interesse unserer Volksernährung!

(ECB.) Neuenbürg, 22. Jan. Die Weinindustrie des badischen Albais muß von jetzt ab Arbeits einschränkungen vornehmen. Borerst soll in jeder Woche an einem Tag die Arbeit ruhen und zwar zunächst am Samstag. Bekanntlich haben auch andere badische Firmen der Weinindustrie Arbeitseinschränkungen vornehmen müssen.

(ECB.) Wunsheim O. Leonberg, 22. Jan. Der im Oktober gewählte Obersekretär Ludwig Friz-Nim wurde von der Kreisregierung nicht bestätigt, weil er noch nicht 25 Jahre alt ist. Bei der Wahl am Sonntag stimmten von 700 Wahlberechtigten 531 ab und Friz wurde mit 305 Stimmen wieder gewählt. 224 Stimmen erhielt Obersekretär Ernst Godel-Ludwigsburg.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar ist gestern wieder auf 22 255 Mark gestiegen, der Schweizer Franken entsprechend auf 4160 Mark.

Märkte.

(ECB.) Balingen, 22. Jan. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 96 Milch- und Läufer Schweine. Der Handel ging lebhaft. Alles wurde verkauft. Der Preis für 1 Milchschwein betrug 40—62 000 M, für 1 Läufer Schwein 75—80 000 M.

(ECB.) Bisingen, 22. Jan. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 34 Milch- und 1 Läufer Schwein, die alle verkauft wurden. Milchschweine galten 35—55 000 M, der Läufer 70 000 M.

(ECB.) Ravensburg, 22. Jan. Auf dem Schweinemarkt war der Handel ziemlich lebhaft. Für Ferkel wurden 30 000—45 000 M bezahlt, für Läufer 50 000—60 000 M.

(ECB.) Ehingen a. D., 22. Jan. (Stangenpreise.) Bei dem in den letzten Tagen durch die Stadt und Stiftung vorgenommenen Nadelholz-Stangen-Verkauf wurden im Durchschnitt erlöst für je 1 Stück: Bauftangen Kl. 1a. 7943 Mark, 2b 5662 M, 2. 3459 M, 3. 2000 M; Hagftangen 1. 2937 M, 2. 1727 M, 3. 870 M; Hopfenftangen 1. 602 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da sie noch die sog. wirtschaftlichen Wechselkosten in sich schließen. D. Schell.

Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, Sorge jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Auslande Verbreitung finden, denn jedes einzelne Blatt kann deutschem Interesse dienlich sein.

worbenes Glück seiner alten Liebe in die Hände zu legen. Der Schuster donnerte vor Freude, die Schusterin lautete der Erzählung mit dem feinen, stillen Blick, der ihr eigen war, ihre Tochter hörte gleichfalls aufmerksam zu, suchte aber von Zeit zu Zeit das Auge der Mutter, als ob sie in diesem ihren Leitstern erblickte, und die Kinder standen mit offenem Munde umher, ohne recht zu verstehen, wovon es sich handelte.

Und nun tat Erhard sein möglichstes, um den beiden in Gegenwart der Kinder mit verdeckten Worten seine Bitte vorzutragen, daß sie ihm gestatten möchten, ihren Findling an Kindesstatt anzunehmen. Mann und Frau sahen einander an, dann ergriff der Schuster das Wort: „Ich merk schon“, sagte er, „Ihr möchtet unser Ei ausbrüten, und der Justine ihrem Bräutigam trau' ich viel zu, denn die nimmt keinen schlechteren als mein Dorle, eher einen besseren; aber ich will euch was sagen; wenn ihr das Ei wolle ausbrüten helfen und wolle ihm von eurem Glück zuschieben, was euch beliebt, so lann und will ich das nicht wenden, ich hätt' ja gar kein Recht dazu. Was ihr da tun wolle, das will ich verwalten und werd' euch feinerzeit von der Verwaltung pünktlich Rechenschaft ablegen. Aber hergeben tu' ich's nicht, obgleich mich's in mancher Hinsicht schwer ankommt, es zu behalten. Ihr habt uns gestern abend große Angst eingejagt. Ich hab' schon gemeint, wir haben irgend einen mächtigen Herrn zum Feind, und hab' zur Obrigkeit springen wollen, aber mein Weib hat mich davon abgehalten, und 's ist auch wahr, man kommt da nur von Pontio zu Bilato. Jetzt sind wir, gottlob, nach dem, was wir von

euch gehört haben, außer Sorgen, aber eben darum wollen wir's auch beim alten lassen. Es mag hoch oder niedrig sein, wir haben's jetzt sieben Jahr lang gehabt und sind verantwortlich dafür.“

„Und meiner Braut wollest Ihr's auch nicht anvertrauen?“ fragte Erhard.

„Die Das Justine“, antwortete der Schuster, „wüt ganz recht, aber sie ist in dem bewußten Punkte zu weich, und ich hab' mich überhaupt schon oft über die beiden Weiber zusammen teufelmäßig geirrt. Sie wollen immer den Stab Sanft anwenden, wenn der Stab Wehe nötig wär', und der wär' oft sehr nötig. Was dann Euch betrifft, Erhard, oder wie Ihr Euch jetzt in eurem Glück nennen möget, so will ich Euch im Geschäft kreditieren, so viel man nur von meinem Priemen verlangen kann, aber nehmt mir's nicht übel: wie ich noch Bräutigam gewesen bin, hab' ich von der Kinderzucht so viel verstanden wie Ihr. Das ist ein schweres Ding, und je mehr ich darin Erfahrung sammle, desto schwerer kommt mir's vor. Redet mir also nicht von Bürgerschaft, denn in dem Punkt trau' ich weder Euch noch eurem Bürger, so lieb er mir sonst ist.“

Erhard versuchte noch einige Einwendungen, wurde aber immer in der gleichen Weise zurückgewiesen. Auch die Schusterin, die indessen die Kinder in den Kreis ihrer eigenen Welt abzuleiten gewußt hatte und sich erst jetzt wieder zu den Erwachsenen gesellte, sprach einfach: „Es ist einmal ein anvertrautes Gut, über das wir Gott Rechenschaft ablegen müssen. Wenn die rechten Eigentümer kommen und sich ausweisen, so geben wir' her.“

Der weiterfahrene Erhard blickte die beiden Eheleute mit stummem Staunen an. Justine, die sich bis dahin beiseite gehalten hatte, sagte zu ihm: „Siehst du jetzt? glaubst du jetzt, was ich dir gesagt hab'?“ — Sie trat vor: „Bettler Christoph, Bas Dorle“, sagte sie, „leid so gut und heiß die Kinder hinausgehen, alle, ich hab' ein Wort mit euch zu reden.“

Die Schusterin blickte sie eine Weile forschend an, dann war sie ihr zu Willen. Während der Schuster verwundert ausrief: „Was will's denn da werden?“ gab sie der Tochter Aufträge an die abwesenden Geschwister und verpflichtete sie mit einem Handgeklübe, von dem, was sie gesehen und gehört, vorerst nirgends ein Wort auszusagen. Das Mädchen gehorchte eilends, war aber von dem Hergang so besessen, daß sie den Stuhl, den sie sieben gerückt hatte, mitten in der Stube stehen ließ. Hierauf schickte die Mutter auch die anderen Kinder fort. „Geht ins Hölle hinunter“, sagte sie, „und machet mir keinen Lärm, weil's heut' Festtag ist“. Als bald raufte das kleine Heer zur Türe hinaus, und der Bücherwurm, der, statt sich zu grämen, sein Buch auf seinen Stuhl geworfen hatte, war mit einem lustigen Sprung allen voran. Das Kleinsten, vor welchem man jedes Geheimnis verhandeln konnte, durfte in der Stube bleiben; die Mutter gab ihm Spielsachen, aber das Kind verlangte stammelnd das Büchlein, worin es den Bruder hatte lesen sehen, und blätterte nun, denselben nachahmend, mit einem Ernst darin, als ob es jeden Buchstaben verstünde.

(Fortsetzung folgt.)

„Das alte und das neue Reich“.

* Die hiesige Ortsgruppe der württ. Bürgerpartei hatte auf Sonntag abend zu einem öffentlichen Vortrag von Pfarrer a. D. D. Traub, Chefredakteur der „Münchenerugsburger Abendzeitung“, über „Das alte und das neue Reich“ eingeladen. Die bekannte Persönlichkeit des Redners hatte Besucher aus allen Parteilagern angelockt, sodaß der Weißsche große Saal sowie das anstoßende Nebenzimmer vollbesetzt waren. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Fabrikant Sannwald, begrüßte die Teilnehmer und wies dann auf die Pflicht des deutschen Volkes hin, unsere Volksgenossen im Ruhrgebiet nicht im Stich zu lassen. Wie anders sei die Zeit geworden, als sie der erste Revolutionsminister Crispian, als sie der Erzschwindler Wilson versprochen hätten. Die Revolutionsregierung habe es über sich gebracht, das Volk zu entwaffnen, und die dann einsetzende Erfüllungspolitik habe die immer stärker anziehende Schraube der Ausbeutung und Erpressung nicht aufzuhalten vermocht. Endlich hätten wir nun eine Regierung, die nein gesagt habe. Aber der Kampf werde hart werden, und es sei dabei auch angebracht, daß das Volk an die Zeiten erinnert werde, wo Deutschland eine große Weltgeltung gehabt habe. Der Referent des Abends leitete dann seine Ausführungen mit einem Rückblick auf die Zeit Bismarcks ein. Das „Versailles“ von 1871 sei doch etwas anderes gewesen als das von heute, das nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges sei. Es sei ein merkwürdiges Spiel des Schicksals gewesen, daß die Zeitspanne vom machtpolitischen Aufstieg Deutschlands (während der Regierungszeit Bismarcks von 1862-1890) bis zur Niederlage Deutschlands (1918) gerade je 28 Jahre gedauert habe. Bismarck habe das Reich dadurch zu seinem großen Aufstieg gebracht, daß er an dem bundesstaatlichen Charakter festgehalten habe. In der Heimatkraft der einzelnen Länder liege das Geheimnis des Wohlbestehens. Es werde nur ein wirkliches Wohlbestehen im Reich kommen, wenn die einzelnen Bundesstaaten wieder staatliches Bewußtsein bekommen, nicht um ihrer Eigenbrödel willen, sondern um des Reichs willen. Das würden die fremdstämmigen Leute, von denen wir teilweise in Berlin regiert würden, nicht empfinden, aber Bismarck habe mehr Verständnis für die Kraft des Föderalismus gehabt als sie alle. Was seien die Demokraten von 1848 doch stolze Männer gewesen gegenüber denen, die die Weimarer Verfassung geschaffen hätten. Damals sei es eine nationale Demokratie gewesen, die die Einheit des Vaterlandes erstrebt habe, heute sei sie von pazifistischen und internationalistischen Ideen beeinflusst. Wenn die Deutschen zusammenkommen sollen, müsse man sie zuerst innerhalb ihres Stammes zusammen kommen lassen. Das heutige Reich habe uns um die Dinge betrogen, die tatsächlich die staatsbildende Kraft innehatten. Bismarck habe Furcht und Vertrauen eingefloßt. Ein Volk, das nicht gefürchtet werde, werde auch nicht geachtet; mit dem gehe jeder um, wie er wolle. Ein solches Volk verdiene aber auch nichts anderes. Der Versailler Vertrag zwinge uns denn auch in raffiniertester Weise die demütigendste Rolle auf. Während alle die kleinen Staaten um uns große Heere halten dürfen, habe man uns ein kleines Söldnerheer zugestanden. Wenn die Reichswehr jetzt auch tüchtig und prachtvoll dastehet, so müsse doch gesagt werden, wenn wir die Kraft nicht bekommen, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen, dann seien wir aus der Geschichte der Völker ausgelöscht. Bismarck hätten die Staaten Vertrauen entgegengebracht. Und die Öffnung der Archive des deutschen Auswärtigen Amtes hätte die

Tatsache dokumentarisch erwiesen, daß nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme Bismarcks Tätigkeit immer und einzig auf die Erhaltung des Weltfriedens gerichtet gewesen sei. Und doch sei dem deutschen Volke Bismarcks Bild verjudelt worden. Namentlich die „Frankfurter Zeitung“ habe sich hier hervorgetan. Sie habe an seinem Entlassungstage geschrieben: Wir werden noch mit Freuden an den Tag zurückdenken, an dem Bismarck entlassen wurde.“ Nach dem Rücktritt Bismarcks habe der Aufstieg in materieller und geistiger Beziehung nicht mehr das Rückgrat besessen, weil kein festes Staatsbewußtsein mehr vorhanden gewesen sei. Die deutsche Hilfslosigkeit habe sich 1918 gezeigt. Man werde dem Kaiser die Entlassung Bismarcks und später die von Tirpitz und Ludendorff nie vergessen. Aber alle die Leute, die heute Steine auf ihn werfen, hätten keinen Grund dazu, denn auch der Kaiser hätte Bismarck nicht entlassen können, wenn die deutsche Volksvertretung dagegen gewesen wäre. Wenn heute der Ruf nach einem Manne wie Bismarck erschalle, so komme das nur daher, weil wir keine Männer sein wollen, weil wir nicht selber eingreifen wollen. Er habe bei dem Rappuntennehmen selbst erfahren, wie das Ding sei, wenn man sich auf jemand verlassen wolle. Junge und alte Männer seien schon da, wenn es die Zeit erfordere, aber sie müßten auch genügend Rückhalt im Volke finden, wie es beispielsweise der Fall bei Kemal Pascha und Mussolini gewesen sei, von denen heute bei uns soviel gesprochen werde.

Der Redner sprach dann über die jetzige Not unseres Volkes und bedauerte, daß er gegenwärtig nicht in Dortmund sein könne, wo er 20 Jahre als Pfarrer gewirkt hat. Patend waren seine Schilderungen über Einzelheiten des Widerstandes der Bevölkerung des Ruhrgebietes gegen die französische Gewaltaktion. Als die Gefahr des Einmarsches in nächste Nähe gerückt war, habe die Leitung des Kohlenyndikats bestimmt, daß sämtliche 700 Beamten des Syndikats sich sofort bereithalten, abzureisen, um die Syndikatsleitung mit Alten und allen technischen Betriebsmitteln nach Bremen zu verlegen. Die Beamten, die vordem noch in einem scharfen Streit über Gehaltsfragen mit der Leitung begriffen gewesen seien, hätten sofort zugesagt, und hätten angesichts des schweren Entschlusses spontan das Deutschlandlied gesungen. Der Redner wies weiterhin auf das bekannte Verhalten des Reichsernährungsministers und seiner hiesigen Oberbürgermeisters von Essen hin, und auf die Erwidern des Arbeiterrats des Bezirks Düsseldorf, welche den französischen Generalen die richtige Antwort auf ihr anmaßendes Verhalten gegeben haben. Die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet siehe heute geschlossen zusammen, was viele nicht gern sähen. Namentlich auch die Franzosen möchten Zwiespalt zwischen Unternehmertum und Arbeiter tragen, indem sie behaupten, nur Siinnes, Thyssen und andere reiche Industriearbeiter wolle man treffen. Aber Gottseidank sei der westfälische Schädel zu national, und Poincaré habe es fertig gebracht, daß sich die Ketten zusammenschlossen, denn die Not spreche immer noch die beste Sprache. Zuerst müsse man deutsch denken, und dann erst kommen Stand, Beruf, Wirtschaftstrentressen. Es wehe jetzt eine andere Luft, und wenn es so weiter gehe, dann werde der Franzmann bald merken, daß er in ein Wespennest gestochen habe. Und wenn wir Widerstand leisten, dann würde man auch wieder Achtung vor uns in der Welt bekommen. In England und Amerika warte man schon lange auf diesen Widerstand. Die früheren Regierungen hätten immer protestiert, dann aber doch nachgegeben. Wenn wir uns jetzt gegen die Franzosen wehren, dann würden wir auch wieder Kredit bekommen. Das gehe natürlich nicht von heute auf morgen. Die

Größe der Gefahr dürfe jedoch nicht verkannt werden. Wenn keine Kohle mehr aus dem Ruhrgebiet herausgelassen werde dann müsse in absehbarer Zeit unsere Industrie und Eisenbahn still stehen. Noch hätten wir zwar Braunkohle aus Thüringen und Kohle aus Oberschlesien, auch hätten unsere Kohlenindustriellen (namentlich Siinnes) für die Zufuhr englischer Kohle sich eingesetzt. Wir müßten aber weiter bedenken, daß die Franzosen unbedingt den Rhein wollen, und sie werden nicht zuhen, bis sie dieses Ziel erreicht haben. Und der Franzose sei jäh bei Verfolgung seines nationalen Ziels. Wenn auch das deutsche Volk viel im Weltkrieg ausgehalten habe, ob es eine Befehung bis etwa Stuttgart ertragen hätte, müsse dahin gestellt bleiben. Die Franzosen wollen jetzt die Früchte pflücken, um die sie sich durch den Versailler Vertrag betrogen fühlten. Jetzt sei die letzte Stunde, in der man den Versailler Frieden noch torrigieren zu können glaube. Es sei möglich, daß man im Falle des dauernden Widerstandes sogar die Mainlinie besetze, um Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen. Und dann werde man Bayern, Württemberg und Baden fragen, bleibt ihr auch jetzt noch beim Deutschen Reich? Jetzt müsse man sich hinter den Reichskanzler stellen, und nicht nur mäkeln. Uns bleibe nur übrig, daß wir erkennen, daß wir uns sammeln u. alles tun müssen, bis der Feind aus dem Ruhrgebiet heraus ist. Wichtig sei die Auffassung der Regierung, daß wir über den ganzen Einbruch mit Frankreich kein Wort reden. Und unter dem Gesichtswinkel dieses aufgenommene Kampfes müsse die Regierung fragen: Wer steht hinter uns? England werde nicht einen Finger rühren. Charakteristisch für die „Internationale“ sei das Angebot der englischen Arbeitslosen, ins Ruhrgebiet zu kommen, wenn die deutschen Arbeiter streifen. Ein gutes Zeichen sei, daß das Deutschtum in der Welt sich so zusammenfinde, daß im deutschen Volke selbst in allen Schichten sich wieder der nationale Gedanke rege. Man müsse jetzt aber auch verlangen, daß Deutschland nur von Deutschen regiert werde, und daß wir keine Juden an leitender Stelle haben wollen. Auch dagegen sollte Front gemacht werden, daß die jüngeren und ungelerten Arbeiter sozial Lohn erhalten wie die alten Familienväter, um das Geld dann leichtsinnig auszugeben. Ueberhaupt sollte gegen die Zuchtlosigkeit der Jugend mehr vorgegangen werden. Die Erziehung müsse durch Kirche, Schule und Elternhaus erfolgen, aber letzteres dürfe nicht alle Verantwortung auf die Schule abwälzen. Die Bildung, wie sie durch die Volkshochschulen erfolge, habe nur den Erfolg, daß die Halb- bildung noch schlimmer werde. Die Eltern müßten die Jugend wieder zur Einfachheit, Schlichtheit, zur Zucht und Ordnung und Vaterlandsiebe erziehen. Auch an die Toten müßten wir heute wieder denken, die für Kaiser, König und Vaterland, für Schwarz-weiß-rot und für ihre Treue gekämpft hätten. Wenn wir uns selbst helfen, dann helfe uns Gott. Der Redner schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem in München anläßlich der Reichsgründungsfeier gesungenen veränderten Rheinlied „Wir wollen des Stroms Befreier sein. Lieb Vaterland sollst du ruh'los sein, bis wieder frei der deutsche Rhein“. In der Schlußansprache, in der der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung aussprach, betonte er noch, daß es jetzt an der Zeit sei, aufzuwachen. Wenn wir uns auch nicht mit Waffen verteidigen können, so doch mit dem geschlossenen moralischen Widerstand. Unsere Volksgenossen müßten unterstützt werden, durch einiges Zusammenstehen, bis wieder frei der Rhein.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw, Druck und Verlag der H. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Mr.
Sr.
Ge.
deutschen
Mit
Nieder
und Belg
Bei
nicht als
Bevölkeru
unserer
sollen wi
Belgien
Daru
Sammeln
In
anlassen.
Oberam
N
Deutsch
Gewerbe
Die
Berlin,
Franzosen
im Rheinla
missar für
Kommission
Verhätun
Familien ü
Ein
Berlin
Tageblatts
linie vor, d
soll. Es j
statt. Das
des Ruhrge
Durchführun
wird es, w
bahn beförd
streik komm
Paris, 2
agentur in
Zollbeamten
kontors, die
Durchführun
gänge des
Deutsch
Berlin, 2
beauftragt, d
reichen:
Die franz
hafteten Ver
habe, zum T
fisches Kriegs
der französij
entbehren un

**Rechnungen
Briefbogen**
stellt rasch und
billig her die
Tagblatt-Druckerei

Calwer Lieberkranz.
Generalversammlung
Mittwoch, den 24. Januar
abends 8 Uhr im Bad. Hof.
Zu derselben werden die
aktiv u. passiv Mitglieder
freundl. eingeladen.
Der Ausschuß.
Tagesordnung: Jahresber
richt, Kassenbestand, Neu
wahlen.

**Suche für sofort
einen tüchtigen, ledigen
Pferdetnecht**
der mit sämtlichen landwirt
schaftlichen Maschinen ver
traut u. gut Pferdepfleger ist.
Georg Pfau.

**20 Ztr. bestes
Heu**
abzugeben.
Christl. Erholungsheim
Mondachtal
bei Liebenzell.

**Briefumschläge
Versandtaschen**
liefert die
Tagblatt-Druckerei

Wir haben einen
Buben
bekommen.
Otto Haitz und Frau
Erstmühl.

**Stüdnäherin
Büglerin
Buzerin**
sucht.
Wer, sagt die Geschäfts
stelle ds. Bl.

Größeres
Rinderbettlädle
sowie einen
Schleiffstein
hat zu verkaufen
Heint. Heugle Vorstadt 256

**1 Kopierpresse
hat zu verkaufen.**
Wer, sagt die Geschäfts
stelle ds. Bl.

Zavelstein.
Ein 1/2-jähriges
Rind
hat zu verkaufen.
Michel Konnenmann.

Zavelstein.
Eine 39 Wochen trächige
Kalbin
verkauft oder tauscht
gegen jüngeres Rind
Ulrich Koller.

Wenn Prospekte, Kataloge, Kund
schreiben usw. einen noch so ge
schickt abgefaßten Text aufweisen,
so erfüllen sie ihren Zweck doch
nur dann erst voll und ganz, wenn der Buch
drucker seinen Teil zur packenden Herstellung mit
dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der

Reklame-Drucksachen
bedingt darum stets ihren Erfolg! Wirklich
zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei
billiger Preisen und sorgfältiger Ausführung
liefern wir in denkbar kürzester Frist. ////

A. Velschläger'sche Buchdruckerei
Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151.

Simmozheim
Station Weidertal oder Althengstett.

Die Schaftweide
der hiesigen Feldmarkung mit
ca 600 Hektar für die Zeit vom
1. April 1923 bis 31. März 1924
wird am
**Freitag, den 2. Februar 1923,
nachmittags 2 Uhr**
auf dem hiesigen Rathaus verpachtet. Die Weide darf im
Sommer mit 170 Stück und von Martini an mit 250 Stück
befahren werden. Schaftstall mit Futtergeschire ist vorhanden.
Auswärtige Steigerer haben sich durch Vermögenszeug
nisse neuesten Datums auszuweisen.
Den 19. Januar 1923.
Gemeinderat: Vorsitzender Fischer.

Insferieren bringt Erfolg!